

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 17.12.2018

Anmerkung:

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um eine Information, basierend auf der Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates vom 17.12.2018.

Sie stellt keine (beglaubigte) Abschrift aus der Niederschrift dar, sondern lediglich eine inhaltliche Wiedergabe aus der Urschrift.



GEMEINDE NEUFAHRN BEI FREISING

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

<u>Sitzungsort:</u>	Rathaus, Sitzungssaal		
<u>am:</u>	Montag, den 17.12.2018		
<u>Beginn:</u>	19:00 Uhr	<u>Ende:</u>	20:52 Uhr
<u>Vorsitzender:</u>	1. Bürgermeister Franz Heilmeier		
<u>Schriftführer:</u>	Ursula Gailus		

Anwesend:

Heilmeier, Franz
Mayer, Hans
Auinger, Manuela
Caven, Matthias
Eschlwech, Josef
Frommhold-Buhl, Beate
Funke, Ingrid
Funke, Markus
Häuser, Johannes
Holzner, Josef, Dr.
Iyibas, Ozan
Kürzinger, Christa
Manhart, Norbert
Meidinger, Christian
Michels, Gerhard
Oberlader, Alfred
Pflügler, Florian
Pflügler, Stephanie
Printz, Harald
Rübenthal, Burghard
Schablitzki, Ursula
Sen, Selahattin

Abwesend:

Seidenberger, Thomas	- familiär bedingt entschuldigt
Nadler, Christian	- krankheitsbedingt entschuldigt
Rottenkolber, Michael	- urlaubsbedingt entschuldigt

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1) Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung vom 22.10.2018 - öffentlicher Teil Vorz/063/2018
- 2) Verleihung einer Dankurkunde für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung Vorz/065/2018
- 3) Containerbauten für die ehemalige Mittagsbetreuung II am Jahnweg
hier: Entscheidung über den Abbau der Container HA/061/2018
- 4) Radwegeverbindung Neufahrn, Eching, Unterschleißheim, Oberschleißheim entlang der S1
hier: Beauftragung einer Anfangsprüfung: Trassenführung, Bodenbelag, Kostenschätzung GL/059/2018
- 5) Feststellung der Jahresrechnung 2016 FiV/041/2018
- 6) Entlastungsbeschluss zur Jahresrechnung 2016 FiV/042/2018
- 7) Genehmigung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019 samt Investitionsprogramm, Finanzplan und Stellenplan FiV/040/2018
- 8) Vorstellung der Eckpunkte der neuen Dienstvereinbarung "Arbeitszeit des Rathauses" GL/057/2018
- 9) Bekanntgaben
- 10) Anfragen
 - 10.1) Anfragen aus dem Gremium
 - 10.1.1) "Eisbahneröffnung" und "Adventsstandl" am Marktplatz
 - 10.1.2) Busknotenpunkt Bahnhof
 - 10.2) Anfragen aus dem Publikum

Bgm. Heilmeier eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Bgm. Heilmeier teilte mit, dass die ursprünglich vorgesehene Verleihung der Bürgermedaillen mit Ehrennadel in Silber auf Wunsch der Beteiligten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird.

Öffentlicher Teil

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung vom 22.10.2018 - öffentlicher Teil

Sachverhalt:

Den Mitgliedern des Gemeinderates wurde Gelegenheit gegeben, die Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 22.10.2018 einzusehen. Einwände wurden nicht vorgebracht.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Neufahrn b. Freising genehmigt die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung des Gemeinderates vom 22.10.2018.

Abstimmung: Ja 22 Nein 0

TOP 2 Verleihung einer Dankurkunde für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung

Sachverhalt:

Der Bayerische Staatsminister des Innern und für Integration zeichnete Herrn Florian Pflügler für sein langjähriges, verdienstvolles Wirken als Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Neufahrn b. Freising mit einer Dankurkunde aus.

Diskussionsverlauf:

Die Urkunde wurde von Herrn Bgm. Heilmeier verlesen und anschließend überreicht.

TOP 3 Containerbauten für die ehemalige Mittagsbetreuung II am Jahnweg hier: Entscheidung über den Abbau der Container

Sachverhalt:

1.
Im Sachzusammenhang mit der Beschlussfassung zur integrativen Hortgruppe im Kinderhort am Jahnweg (TOP 8) trug die Leitung der Abteilung 1 in der Sitzung des Gemeinderats am 18.12.2017 vor, dass die als Provisorium gebildete Mittagsbetreuung II (organisatorisch dem Hort zugeordnet) nach dem Schuljahr 2017/18 aufgelöst werden könne. Diese Betreuungseinrichtung sollte der Mittagsbetreuung I zugeordnet werden.

Die gleichermaßen vorgeschlagene Entfernung der Containerbauten auf dem, dem Hort vorgelagerten Parkplatz wurde nicht beschlossen. Der Abbau sollte dann erfolgen, wenn die Containerbauten nicht mehr benötigt werden. Die Entscheidung darüber wurde insoweit vertagt.

2.

Grundlage für die Entscheidung zur Entfernung der Containeranlage sollte eine gesicherte Prognose über das künftige Erfordernis dieser Raumkapazitäten sein.

Dem Vortrag der Abteilung 1 zur Zusammenlegung der beiden Mittagsbetreuungen entsprechend wurde zum Beginn des jetzt laufenden Schuljahres die Auflösung der Mittagsbetreuung II realisiert. Aufgrund des starken Andrangs auf die Ganztagsklassen kommen alle Grundschüler mit Betreuungsbedarf am Nachmittag wunschgemäß in Hort und Mittagsbetreuung unter. Dies wird auch für die Zukunft erwartet.

Ergebnis: Die Containeranlage wird nicht mehr benötigt.

3.

Eine weitere Überlegung ist, ob ein hoher Bedarf an Kindergartenplätzen eventuell einen weiteren Verbleib der Containeranlage rechtfertigen kann. Nach Ansicht der Abteilung 1 ist dies nicht der Fall.

Zwar gibt es nach aktuellem Stand bis Ende 2018 eine kleine Warteliste mit ca. 20 Kindern, weil ein Kindergarten kurzfristige Personalengpässe (Schwangerschaft, Kündigung) beklagt und erst mit der Nachbesetzung wieder eine zusätzliche Gruppe betreuen kann. Es mangelt hierbei folglich nicht an Raumkapazitäten.

Die Warteliste wird bis zum Ende des Kindergartenjahres im Sommer voraussichtlich ungefähr eine weitere Gruppe von Kindern umfassen. Eine Abhilfe durch die Nutzung der auf dem Parkplatz der Grundschule am Jahnweg stehenden Containerbauten ist realistisch nicht zu erwarten, weil für diesen begrenzten Zeitraum und die geringe Anzahl von Kindern kein Träger in der Lage sein wird, die Betreuung zu gewährleisten.

Ergebnis: Die Containeranlage wird nicht mehr benötigt, sie kann entfernt werden.

4.

Ein Unternehmen für Container und mobile Sanitäranlagen hat nach Besichtigung der Anlage folgende voraussichtlichen Grobkosten (je nach Variante) mitgeteilt:

- Variante 1 - Verschrottung der Anlage : ca. € 60.000,- netto komplett für alle Arbeiten, Transporte, Entsorgung
- Variante 2 - Demontage am aktuellen Standort, Transport zu neuem Standort und Wieder-Montage : ca. € 20.000 bis € 25.000,- netto
- Variante 3 - Rücknahme der Container inkl. Demontage und Abtransport : ca. € 8.000,- netto

Seitens der Verwaltung wird die Variante 3 empfohlen.

Diskussionsverlauf:

Bgm. Heilmeier teilte mit, dass die Kosten bei Variante 3 statt € 8.000,- nur noch € 5.000,- betragen. Die in der Fraktionssprechersitzung genannte Option mit der Möglichkeit einer Einnahme hat sich zwischenzeitlich zerschlagen.

ALin Wiencke-Bimesmeier berichtete über den Leerstand der Container seit Ende des letzten Schuljahres und der zurückhaltenden Haltung der Träger in Bezug auf das Etablieren einer weiteren Gruppe mit einer räumlichen Entfernung zu den bestehenden Einrichtungen.

Bgm. Heilmeyer verdeutlichte auf Anregung von GR Rübenthal, dass ein Beschluss über den Abbau der Container mit oder ohne einer zeitlichen Fixierung gefasst werden könne.

GR Manhart sprach sich gegen einen Abbau der Container aus. Er begründete dies mit dem Neubau der beiden Kindertagesstätten und möglichen Verzögerungen im Baufortschritt. Darüber hinaus würde man auch für eine eventuelle zusätzliche Gruppe wiederum Räume benötigen. Er schlug vor, die Entscheidung bis zum Schuljahresbeginn 2019/20 zu vertagen.

ALin Wiencke-Bimesmeier bezweifelte, dass ein Träger für eine einzelne Gruppe gefunden werden könne. Zudem scheitere man nicht an fehlenden Räumlichkeiten sondern an der Personalproblematik. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt stünden in bestehenden Einrichtungen Plätze zur Verfügung, die mangels Personal nicht belegt werden können.

GR Pflügler sprach die Verkehrsproblematik und Gefahrensituation am Jahnweg an, insbesondere während der Hol- und Bringzeiten (nicht zulässiges Parken vor der Ampelanlage, Parken in zweiter Reihe, Ein- und Ausrangieren, Parken auf dem Gehweg). Ein Verbleib der leerstehenden Containeranlage zu Lasten der Verkehrssicherheit sei seiner Meinung nach nicht gerechtfertigt, zumal noch räumliche Kapazitäten in anderen Einrichtungen vorhanden sind.

GRin Frommhold-Buhl plädierte für einen schnellen Abbau der Container, u. a. weil die Verkehrssituation auch für die Anwohner nicht länger tragbar wäre.

GR Eschlwech geht nicht davon aus, dass ein Entfernen der Container das Parkproblem lösen wird. Da die Entwicklung des Bedarfs nicht vorhersehbar sei, unterstützte er die Vertagung einer Entscheidung bis zum Schuljahresbeginn 2019/20.

Mit einvernehmlicher Zustimmung des Gremiums präziserte Bgm. Heilmeyer den vorgelegten Beschlussvorschlag.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt den Abbau der Containerbauten auf dem, dem Kinderhort vorgelagerten Parkplatz. Die Verwaltung wird beauftragt, die Variante 3 zum jetzigen Zeitpunkt umzusetzen.

Abstimmung: Ja 11 Nein 11 (abgelehnt)

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt den Abbau der Containerbauten auf dem, dem Kinderhort vorgelagerten Parkplatz im kommenden Sommer, sofern kein Bedarf zu erwarten ist. Die Verwaltung wird beauftragt, die dann günstigste Variante umzusetzen.

Abstimmung: Ja 20 Nein 2

**TOP 4 Radwegeverbindung Neufahrn, Eching, Unterschleißheim, Oberschleißheim entlang der S1
hier: Beauftragung einer Anfangsprüfung: Trassenführung, Bodenbelag, Kostenschätzung**

Sachverhalt:

Effiziente Radwegeverbindungen zwischen benachbarten Kommunen bewirken eine Attraktivitätssteigerung des überörtlichen Radverkehrs. Dabei spielt die Tauglichkeit der Radwegeverbindung bei feuchter Witterung, Schneefall und Dunkelheit eine entscheidende Rolle.

Immer mehr Menschen möchten das Fahrrad nicht nur für den Sonntagsausflug oder Besorgungen im nahen Wohnumfeld nutzen, sondern auch für den täglichen Weg in die Arbeit. Die zunehmende Verbreitung von Fahrrädern mit elektrischer Unterstützung befördert diesen Trend zusätzlich. Damit lassen sich nicht nur Distanzen von 5 km oder 10 km problemlos überwinden, sondern durchaus auch von 20 km und mehr.

Für die Kommunen Oberschleißheim, Unterschleißheim, Eching und Neufahrn bietet sich die hervorragende Möglichkeit, eine solche effiziente Radwegverbindung weitgehend entlang der Bahnlinie zu schaffen. Eine mögliche Trasse von Bahnhof Eching bis Bahnhof Neufahrn wurde in der, der Beschlussvorlage beigefügten Anlage dargestellt.

Die Räte der Kommunen Oberschleißheim, Unterschleißheim und Eching haben den jeweiligen Anträgen der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen bereits zugestimmt und die Verwaltungen beauftragt, diesen interkommunalen Radweg gemeinsam voranzutreiben. Ziel ist ein gemeinsamer Untersuchungsauftrag, welche Trassenführung in enger Anlehnung an die Bahnlinie möglich ist und welche Trassenqualität sinnvoll ist. Zuschussmöglichkeiten sollen dabei in Erfahrung gebracht werden.

Aus Sicht der Neufahrner Verwaltung würde es sich empfehlen, den angedachten Radweg entlang der S1 in Richtung Freising weiter zu entwickeln.

Diskussionsverlauf:

GR Meidinger war der Meinung, dass aufgrund bereits bestehender und sehr gut ausgebauter Streckenabschnitte entlang der S 1 die Kosten überschaubar bleiben; teilweise müsse nur der Belag verbessert werden.

GR Pflügler berichtete, dass der bereits bestehende Radweg nördlich der Bahnlinie in einem ziemlich schlechten Zustand sei. Die innerörtliche Verbindung ist wegen massiven Zuwuchses derzeit nicht nutzbar, weshalb die Querung derzeit noch außerorts stattfände. Dieser Nachteil sollte beseitigt werden. Auf die, der Niederschrift beigefügten Skizze wird verwiesen. Den Ausbau bis Freising betreffend bedarf es lediglich der Schließung einiger Lücken. Im Zusammenhang mit dem Bau der Neufahrner Kurve wurden gut ausgebaute landwirtschaftliche Ersatzwege errichtet, die bereits asphaltiert seien.

GRin Funke monierte die fehlenden Angaben zu den Kosten für eine Voruntersuchung und mangelnde Vernetzungen zum Fahrradweg nach Massenhausen und Giggerhausen bis Freising, zu einer eventuellen U-Bahn-Station, zu einer möglichen Haltestelle im Gewerbegebiet Römerweg und zum Fahrradschnellweg Freising – München. Ihrer Auffassung nach dürfte die Zuständigkeit hierfür nicht auf den einzelnen Kommunen verteilt werden. Die Aufteilung der Kosten müsse ebenfalls frühzeitig abgestimmt werden.

Bgm. Heilmeier verwies auf die Mitgliedschaft in der AGFK. Er ging davon aus, dass ein Gesamtkonzept in diesem Rahmen zu entwickeln und diskutieren sei. Der finanzielle Aufwand könne erst nach Bekanntwerden der einzelnen Beteiligungen dargestellt werden.

Für GRin Frommhold-Buhl war ein Grundsatzbeschluss ohne Angaben über die finanziellen Auswirkungen nicht vertretbar. Sie beantragte eine Änderung des Beschlussvorschlags in der Form, dass der Gemeinderat das Vorhaben befürworte, die Beauftragung einer Prüfung dem Gremium aber nochmals zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Des Weiteren sollte ihrer Meinung nach zunächst eruiert werden, inwieweit die Deutsche Bahn das Vorhaben unterstützen wird.

GR Pflügler teilte mit, dass sich die Strecke auf Echinger Flur nicht im Eigentum der Bahn befände, auf Neufahrner Flur teilweise schon. Durch die neuen Kontakte mit der Bahn erhoffe er sich weitaus bessere Chancen als in der Vergangenheit.

GR Dr. Holzner wies darauf hin, dass ein gefahrloser Begegnungsverkehr auf den landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen zu prüfen ist und als Voraussetzung gegeben sein müsse.

Bgm. Heilmeier passte den vorgelegten Beschlussvorschlag in Bezug auf die Anregung von GRin Frommhold-Buhl an und legte ihn zur Abstimmung vor. Einwände seitens des Gremiums gab es hierzu nicht.

Beschluss:

Der Gemeinderat begrüßt das Projekt „Durchgehende Radwegverbindung von Oberschleißheim nach Neufahrn entlang der Bahnlinie“.

Die Kosten für den Planungsauftrag werden zu einem späteren Zeitpunkt für eine Beschlussfassung vorgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit allen beteiligten Kommunen einschließlich der Stadt Freising hinsichtlich der Radwegverbindung bis nach Freising zu führen.

Abstimmung: Ja 20 Nein 2

TOP 5 Feststellung der Jahresrechnung 2016

Sachverhalt:

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in mehreren Sitzungen die Jahresrechnung 2016 geprüft. Er bestätigt die Feststellung der Jahresrechnung wie folgt:

Jahr	Verwaltungshaushalt		Vermögenshaushalt	
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
2016	€ 34.218.933,30	€ 34.218.933,30	€ 12.656.976,70	€ 12.656.976,70

Diskussionsverlauf:

GR Burghard Rüenthal trug als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses den bereits der Beschlussvorlage beigefügten Bericht vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt das Ergebnis der Jahresrechnung 2016 fest.

Abstimmung: Ja 22 Nein 0

TOP 6 Entlastungsbeschluss zur Jahresrechnung 2016**Sachverhalt:**

Die örtliche Rechnungsprüfung für das Jahr 2016 ist abgeschlossen.

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2016 ist örtlich geprüft. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Die Entlastung zur Jahresrechnung 2016 wird erteilt.

Abstimmung: Ja 21 Nein 0

Bgm. Heilmeier - Stimmenthaltung wegen persönlicher Beteiligung

TOP 7 Genehmigung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019 samt Investitionsprogramm, Finanzplan und Stellenplan**Sachverhalt:**

Der Haushaltsplan 2019 samt Investitionsprogramm und Finanzplan wurde in der Gemeinderatsklausur am 19./20.10.2018 sowie in der Finanzausschusssitzung am 13.11.2018 vorberaten. Die Ansatzveränderungen aus den Beratungen des Finanzausschusses wurden eingearbeitet.

Der Finanzausschuss hat durch einstimmige Beschlüsse dem Gemeinderat empfohlen, den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt in der vorberatenen Fassung zu verabschieden.

Der Stellenplan für 2019 wurde im Verwaltungs- und Personalausschuss am 26.09.2018 vorberaten.

Die Haushaltssatzung 2019 war der Beschlussvorlage als Entwurf beigelegt.

Verwaltungshaushalt:

Der Verwaltungshaushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben im Finanzplanungszeitraum 2019 – 2022 wie folgt:

	2019	2020	2021	2022
Einnahmen	35.434.800 €	34.577.680 €	35.315.550 €	35.606.250 €
Ausgaben	35.434.800 €	34.577.680 €	35.315.550 €	35.606.250 €

Vermögenshaushalt:

Der Vermögenshaushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben im Finanzplanungszeitraum 2019 – 2022 wie folgt:

	2019	2020	2021	2022
Einnahmen	27.210.995 €	18.669.875 €	14.177.645 €	9.026.960 €
Ausgaben	27.210.995 €	18.669.875 €	14.177.645 €	9.026.960 €

Diskussionsverlauf:

Kämmerer Halbinger hob einige Eckpunkte des Haushalts mit seinem Gesamtvolumen von € 62,6 Mio. hervor:

Für den Finanzausgleich von Bedeutung sei die statistische Einwohnerzahl, die zwischenzeitlich über der Zahl von 20.000 liegt.

Ein Investitionsvolumen von über € 27 Mio. in 2019 sowie weiteren € 39,6 Mio. im Finanzplanungszeitraum 2020 – 2022 (einschließlich Tilgungsleistungen) stellt für die Gemeinde eine enorme Herausforderung dar - nicht nur in finanzieller Hinsicht sondern auch in Bezug auf die weitere Finanzplanung, Unterhalt sowie Personalkapazität.

Nach den vorläufig vorliegenden Zahlen werden sich die Steuerkraft und die Umlagekraft auch in 2019 erhöhen.

Die Hebesätze blieben unverändert. Sowohl bei der Grund- als auch bei der Gewerbesteuer liege man über dem Landesdurchschnitt.

Verwaltungshaushalt:

Einnahmen:

Einkommenssteuer und Einkommenssteuerersatz	€ 15,5 Mio. + € 1,1 Mio.
Gewerbesteuer	€ 6,5 Mio.
Erstattungen und Zuweisungen	€ 3,3 Mio.
Grundsteuer	€ 2,9 Mio.
Schlüsselzuweisungen	€ 1,7 Mio.
(aktuelle Zahlen liegen erst Ende Januar vor)	

Ausgaben:

Kreisumlage (= 30 % des Verwaltungshaushalts)	€ 11,1 Mio.
Personalausgaben	€ 9,0 Mio.
Verwaltungs- und Betriebsaufwand	€ 5,5 Mio.
Zuweisungen und Zuschüsse	€ 6,7 Mio.
(davon € 5 Mio. Kindertagesstätten)	

Vermögenshaushalt:

Einnahmen:

Zuführungen	€ 1,4 Mio.
Rücklagenentnahme	€ 13,4 Mio.
Zuwendungen	€ 3,3 Mio.
Anlagevermögen	€ 0,4 Mio.
Kredite	€ 8,0 Mio.
Ausbaubeiträge	€ 0,6 Mio.

Ausgaben:

Grunderwerb	€ 9,9 Mio.
Bewegliches Anlagevermögen	€ 1,0 Mio.
Hochbau	€ 11,0 Mio.
Tiefbau	€ 3,8 Mio.
Tilgung	€ 0,8 Mio.
Zuweisungen	€ 0,6 Mio.

Ein Defizit im Investitionsprogramm von € 37,9 Mio. (Planungszeitraum) muss durch Rücklagenentnahme und Kreditaufnahme finanziert werden.

Um alle Maßnahmen finanzieren zu können sind bis 2020 € 17,1 Mio. an Grundstückserlösen eingeplant. Analog der Vorjahre ist eine Umsetzung schwer kalkulierbar.

Einige von in 2018 begonnener Projekte werden erst in den Folgejahren zum Abschluss kommen. Das Gleiche gelte für den Eingang von Fördergeldern; die Folge ist eine Zwischenfinanzierung zu Lasten weiterer Vorhaben.

Schuldenentwicklung:

Stand 31.12.2018	€ 9,27 Mio.
Kreditaufnahme 2019	€ 8,0 Mio.
Finanzplanung 2020 – 2022	€ 8,0 Mio.
voraussichtlicher Stand Ende 2018 / 2019	€ 16,4 Mio. / € 23,1 Mio.
(sinkt dann auf € 20 Mio., Ende Planungszeitraum = doppelt so hoch wie zu Beginn)	

Rücklagenentwicklung:

Beginn → Ende Planungszeitraum € 18,5 Mio. → € 0,9 Mio.

GR Rübenthal begrüßte die geplanten Investitionen in die Bildungseinrichtungen für Kinder (Kinderkrippe Keltenweg, Kindergarten Am Sportplatz, Jo-Mihaly-Mittelschule und Integratives Zentrum als Ersatz für den Kindergarten an der Dietersheimer Straße). Einer Verbesserung des IST-Zustandes auf dem Wohnungsmarkt werde man durch den Bau von Sozialwohnungen und altersgerechten Wohnungen gerecht. Die Investition in eine Friedhofserweiterung wird von der CSU-Fraktion mit getragen, ebenso wie der Hochwasserschutz, die Dorferneuerung Fürholzen, eine Orts- und Gewerbeentwicklung und die Städtebauförderung. Die CSU-Fraktion befürwortete den Haushalt.

GR Meidinger bezeichnete den vorgelegten Haushalt als solide, selbst wenn er keine großen Reserven beinhaltet. Um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können und die vielfältige und vielschichtige Gemeinde lebendig zu halten, bedarf es der geplanten Investitionen. Altersgerechte Wohnungen und der ISEK-Prozess bilden eine der Grundlagen zum Erhalt des Lebens in der Ortsmitte. Investiert werde aber nicht nur in Neufahrn sondern auch in den Ortsteilen. Obwohl sich trotz hoher Rücklagen all die Investition nicht ohne Kreditaufnahme finanzieren lassen, werde seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen eine Realisierung zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der Baukostenentwicklung und der Zinssituation als sinnvoll erachtet. Erfreulich erscheint die geringe Erhöhung der Personalkosten; die Leistbarkeit der Aufgaben mit der vorhandenen Personalstärke gelte es in diesem Zusammenhang jedoch zu beachten.

GRin Frommhold-Buhl nahm Bezug auf das Investitionsvolumen für die nächsten vier Jahre, wovon alleine fast € 28 Mio. auf 2019 entfallen. Risikobehaftet erschien ihr eine Finanzierung von 59 % der Investitionen über Grundstückserlöse. Im Blick behalten sollte man ihrer

Meinung nach auch das Kommunalunternehmen, dessen Unterdeckung in den kommenden Jahren auf mehrere € 100.000,- ansteigen wird. Die Personalkosten betragen lt. Wirtschaftsplan im Jahr 2017 noch 17,76 % vom Umsatz, in 2018 lagen sie bereits bei 18,87 %. Die Finanzplanung bezeichnete sie als zufriedenstellend. Besonders hob sie die zusätzlichen 170 genehmigten KITA-Plätze gegenüber den Vorjahren, die Planung seniorengerechter Wohnungen und die Finanzierung in den Hochwasserschutz Fürholzen, die Einrichtung einer Seniorenberatung und die Stundenaufstockung bei der Ausländer- sowie der Jugend- und Schulberatung hervor. Durchaus gerechtfertigt war für sie eine Verschiebung des Neubaus der Mensa an der Jo-Mihaly-Mittelschule, nachdem sich die Anzahl der Ganztagsklassen von ursprünglich acht auf zwei reduziert hätte. Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

GRin Funke verdeutlichte angesichts des großen Haushaltsvolumens, dass alle Projekte vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen worden seien. Deshalb werde sich die FDP der Verantwortung nicht entziehen und dem Haushalt mit den geplanten Kreditaufnahmen zustimmen. Ein Augenmerk habe man auf Stellenmehrungen gelegt; die Schaffung einer neuen Stelle im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (Umsetzung der Maßnahmen) habe sich ihr dabei noch nicht erschlossen. Skeptisch werde auch der ISEK-Prozess begleitet mit seinen Feinuntersuchungen.

GR Eschlwech betonte, dass sich das gesamte Gremium der Aufgabe gestellt habe. Die Investitionen erscheinen sinnvoll für die Gemeinde Neufahrn und rechtfertigen die Entnahme aus den Rücklagen sowie eine Kreditaufnahme. Die Details und den Stellenplan habe man in den jeweiligen Ausschüssen vorberaten. Den Stellenplan bezeichnete er als nicht übertrieben; die Schaffung der neuen Arbeitsplätze sei gerechtfertigt. Die Fraktion der Freien Wähler werde deshalb dem Haushalt zustimmen.

GR Rübenthal schlug in Bezug auf die verschiedenen Projekte vor, die IST-Zustände künftig in einer Finanzausschusssitzung vor den Gemeinderatsklausuren zu betrachten.

Für Bgm. Heilmeier war eine Bewertung im gesamten Gremium vorstellbar.

Beschluss:

Der Gemeinderat Neufahrn stimmt der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2019, dem Stellenplan sowie dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm 2020 – 2022 (23) zu. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019 samt Anlagen sind Bestandteil des Originalprotokolls.

Abstimmung: Ja 22 Nein 0

TOP 8 Vorstellung der Eckpunkte der neuen Dienstvereinbarung "Arbeitszeit des Rathauses"

Sachverhalt:

Für die Beschäftigten des Rathauses der Gemeinde Neufahrn b. Freising sowie für alle Beschäftigten der Außenstellen wurden neue Dienstvereinbarungen zur Arbeitszeit erarbeitet. Grund für die Neufassung der Dienstvereinbarungen ist, dass diese in allen Bereichen rechtskonform ausgearbeitet wurden sowie eine Arbeitszeitflexibilisierung.

Diskussionsverlauf:

Frau Zehnter stellte in der Sitzung die Eckpunkte der neuen Dienstvereinbarung „Arbeitszeit

des Rathauses“ vor. Auf die der Niederschrift beigefügten Präsentation wird verwiesen.

Bgm. Heilmeier hob die konstruktive Beteiligung und das aufgeschlossene Engagement der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hervor.

Frau Zehnter bestätigte auf Anfrage von GR Iyibas die künftige „Ampelregelung“, das Gleitzeitkonto betreffend.

TOP 9 Bekanntgaben

- keine -

TOP 10 Anfragen

TOP 10.1 Anfragen aus dem Gremium

TOP 10.1.1 "Eisbahneröffnung" und "Adventsstandl" am Marktplatz

GRin Auinger hinterfragte die Terminüberschneidung am 21.12.2018.

Bgm. Heilmeier hob das außerordentliche Engagement von Frau Zech und Herrn Streit hervor. Die Überschneidung der Programmpunkte sei als gering anzusehen, da das Programm auf der Eisbahn von 16.30 Uhr bis spätestens 19.00 Uhr und der Ausklang des Adventsstandl's gegen 21.00 Uhr vorgesehen seien.

TOP 10.1.2 Busknotenpunkt Bahnhof

GRin Auinger regte einen überdachten Wartebereich mit Sitzmöglichkeiten am zentralen Ein- und Ausstiegsbereich am Neufahrner Bahnhof an.

GR Pflügler informierte, dass die seit längerem bekannten Engpässe am Bahnhofsvorplatz bereits in den ISEK-Prozess aufgenommen worden seien. Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes würden verschiedene Möglichkeiten geprüft werden.

TOP 10.2 Anfragen aus dem Publikum

- keine -

Neufahrn, 04.01.2019

Vorsitzender

Franz Heilmeier

1. Bürgermeister

Ursula Gailus

Protokollführung